



Junge Europäische Föderalist:innen Berlin-Brandenburg e. V.

EUROPÄISCHE TRANSFORMATION FÜR EINE ERNEUERBARE ENERGIEVERSORGUNG

Politischer Antrag zum 73. Bundeskongress
der Jungen Europäischen Föderalist:innen Deutschland e. V.
vom 9. bis zum 11. Oktober 2026

Die Menschheit ist am Pariser Klimaziel einer Begrenzung der Erderwärmung auf weniger als 1,5 Grad Celsius gescheitert. Trotz geschlossener Abkommen, ständig wiederholter Versprechen und Zusicherungen der internationalen Gemeinschaft, dass die Klimakrise, die ökologische Nachhaltigkeit und der Schutz unseres Planeten eine Priorität seien, wird sich die Erde im nächsten Jahrzehnt um mindestens 1,5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau erhitzen. Alle weiteren fünf Jahre ohne massive Reduktion der Treibhausgasemissionen führen zu einer zusätzlichen Erwärmung des Planeten um 0,1 Grad Celsius (UNEP 2026). Und jedes einzelne Zehntelgrad bedeutet intensivere und häufigere Extremwetterereignisse, Naturkatastrophen und Waldbrände, einen höheren Biodiversitätsverlust und mehr Artensterben, einen weiteren Anstieg des Meeresspiegels und des maritimen Sauerstoffverlusts, zunehmende Wasserknappheit und geringere Ernteerträge, umfassendere hitzebedingte Gesundheitsrisiken und einen Anstieg der Klimaflucht sowie höhere infrastrukturelle Transformationskosten. Die nachhaltige Transformation ist günstiger, je früher sie abgeschlossen ist, und fehlende Investitionen in erneuerbare Energien haben für den gesamten europäischen Kontinent drastische Folgen. Der Ausbau erneuerbarer Energien darf aus diesen Gründen nicht mehr vernachlässigt werden und muss wieder zu einem konsequenten Ziel mittelfristiger Energiepolitik und zentralen Bestandteil der Gegenwartsvision Europas werden, um die notwendige nachhaltige Transformation unserer Energieversorgung umzusetzen.

Die Dringlichkeit der erneuerbaren Transformation wird durch die bereits sichtbaren ökologischen und gesellschaftlichen Folgen in Europa deutlich. Hitzewellen sind häufiger und intensiver, die von Dürre betroffene Fläche nimmt stetig zu, Waldbrände sind unkontrollierbar und Überschwemmungen zerstören Infrastruktur und Lebensräume. Gleichzeitig erhöhen anhaltende Treibhausgasemissionen den Druck auf ohnehin geschädigte Ökosysteme, schädigen die europäische Biodiversität, belasten Böden sowie landwirtschaftliche Systeme und führen zu mehr Wasserstress (C3S 2024). Steigende Temperaturen sind außerdem eine direkte Gefahr für uns Menschen. In Europa sterben seit 2022 jährlich so viele Menschen an einer hitzebedingten Ursachen wie Menschen weltweit durch Naturkatastrophen ums Leben kommen (Janoš et al. 2025).

Zudem haben die extremen Wetterlagen auch ökonomische Folgen. Seit 1980 hat die europäische Wirtschaft mindestens 822 Milliarden Euro durch die Klimakrise verloren. Ein Viertel dieses Gesamtverlustes entfällt alleine auf die Jahre 2021 bis 2024. In diesem Zeitraum entspricht der jährliche Verlust einem Viertel des gesamten jährlichen EU-Budgets.

Diese Zahlen erfassen allerdings nur direkte Schäden an Gebäuden, Infrastruktur, Produktionsanlagen und landwirtschaftlichen Gütern. Indirekte Kosten – etwa durch Lieferkettenunterbrechungen,

sinkende Arbeitsproduktivität, gesundheitliche Belastungen, steigende Versicherungsprämien oder Ernteaussfälle – sind nur teilweise enthalten. Daher ist davon auszugehen, dass die tatsächlichen Verluste weit über den prognostizierten Kosten liegen (EEA 2026).

Neben den ökologischen und wirtschaftlichen Verlusten hält ein langsamer Ausbau erneuerbarer Energien die europäische Abhängigkeit von importierten fossilen Energieträgern aufrecht und zieht so auch sicherheitspolitische Folgen nach sich. Im Jahr 2024 deckte die Europäische Union nur etwa 43 Prozent ihres Energiebedarfs aus eigener Produktion; 57 Prozent wurden netto importiert (Eurostat 2026). Die europäische Energiekrise nach dem russischen Angriff auf die Ukraine hat gezeigt, wie schnell Abhängigkeiten von fossilen Energieimporten zu einem außen- und sicherheitspolitischen Risiko werden können. Erneuerbare Energien reduzieren diese Verwundbarkeit.

Die europäische Energieversorgung von morgen umfasst die Technologien Wind-, Wasser- und Solarkraft sowie Biogas und grünen Wasserstoff als Flexibilitätsressourcen. Atomenergie und blauer Wasserstoff haben keinen Platz in der europäischen Energieversorgung von morgen. Blauer Wasserstoff aufgrund seiner hohen CO₂-Intensität und Atomkraft aufgrund ihrer verschwindend geringen Vorteile im Hinblick auf eine nachhaltige und ökologische Energiegewinnung. Beide Technologien machen uns von Importen abhängig. Die Atomenergie stellt zudem ein gravierendes sicherheitspolitisches Risiko dar. Darüber hinaus veranschaulichen unsere europäischen Atomenergieanlagen die bereits heute spürbaren Risiken eines Betriebs unter aktuellen Bedingungen durch den Ausfall von Anlagen in Frankreich oder Ungarn aufgrund niedriger Wasserstände und eines daraus resultierenden Kühlungsdefizits. Beide Technologien halten einer Gesamtabwägung daher nicht stand und sind keine Lösungen für unsere Energieversorgung.

Die Grundlage der europäischen Industrie von morgen sind erneuerbare Energien. Zum aktuellen Zeitpunkt ist der Industriestandort Europa abhängig von Energieimporten und weist im Vergleich zu den USA oder China zwei- bis dreimal so hohe Industriestrompreise auf. Dies schwächt die Investitionsbereitschaft und die internationale Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen (EPSC 2024). Trotzdem bleibt Europa bei der notwendigen Strukturreform zu träge und schüchtern. Der Ausbau erneuerbarer Energien muss deshalb als wirtschaftliche Chance betrachtet werden.

Abschließend ist zu konstatieren, dass es stets in unserem gemeinsamen Interesse liegen muss, eine vollständige Transformation des europäischen Energiesektors und somit den bedingungslosen Ausbau erneuerbarer Energien zu fordern – zum Schutz der weltweiten Ökosysteme, zur Sicherung unserer wirtschaftlichen Resilienz und zur Stärkung der strategischen Autonomie Europas.

Daher fordern wir die europäischen Institutionen, die EU-Mitgliedstaaten und die Bundesregierung dazu auf,

1. die europäische Energieversorgung bis zum Jahr 2040 auf Netto-Null zu dekarbonisieren und eine anschließende Netto-Negativität anzustreben.
2. zur Transformation unserer Energieversorgung die geeigneten Voraussetzungen für den Ausbau erneuerbarer Energien in allen jetzigen sowie zukünftigen EU-Mitgliedstaaten zu schaffen und bestehende Hürden abzubauen.
3. bis zum Jahr 2040 den gesamten europäischen Energiebedarf zu mindestens 85 % aus nicht-importierten erneuerbaren Energiequellen zu decken.

4. die notwendigen Investitionen zu tätigen, um die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu überwinden und die wirtschaftliche sowie sicherheitspolitische Resilienz Europas nachhaltig zu stärken.
5. die Prioritäten der europäischen Industriepolitik neu zu ordnen. Statt auf CO₂-intensive Technologien zu setzen, muss der flächendeckende Ausbau erneuerbarer Energien wieder zum zentralen Ziel werden. Eine dauerhafte industrielle Wettbewerbsfähigkeit kann nur auf einer nachhaltigen, bezahlbaren und klimapositiven Energieversorgung beruhen.
6. dem flächendeckenden Ausbau erneuerbarer Energien über die Grenzen Europas hinaus Strahlkraft zu verleihen. Als Vorreiter einer nachhaltigen Industriepolitik kann und muss Europa Industrienationen weltweit motivieren, durch erneuerbare Energien die Grundlage ihres wirtschaftlichen Wachstums zu garantieren.
7. einen geeigneten und gerechten Mechanismus einzuführen, der zur Ausweisung von ausreichend Fläche für den Ausbau erneuerbarer Energien verpflichtet und allen EU-Mitgliedstaaten die Bereitstellung dieser Flächen ermöglicht.
8. eine Zukunftsperspektive für diejenigen EU-Mitgliedstaaten auszuarbeiten, deren momentane Energieversorgung zu einem bedeutenden Anteil auf Atomkraft oder fossile Energieträgerimporte gestützt ist.
9. einen Solidaritätsfonds für vom Ausbau erneuerbarer Energien finanziell stärker belastete EU-Mitgliedstaaten einzurichten.
10. die europäischen Lieferketten und Fertigungskapazitäten für erneuerbare Energien zu stärken, um die strategische Abhängigkeit Europas von Komponenten- und Technologieimporten zu beseitigen.
11. den flächendeckenden Ausbau des grenzüberschreitenden Stromverbundnetzes bis zum Jahr 2040 abzuschließen und zu diesem Zweck die Genehmigungsverfahren für die europäische Netzinfrastuktur zu vereinfachen und Investitionen in fluide Stromnetze sowie Übertragungskapazitäten zu fördern.
12. die Strompreisbildung von der Dominanz fossiler Grenzkraftwerke zu lösen und dem Merit-Order-Prinzip stattdessen die Kosten eines klimaneutralen Energiesystems mit erneuerbaren Energien, Speichern und flexiblen Verbrauchern zugrunde zulegen, um einen Strommarkt zu schaffen, der Versorgungssicherheit gewährleistet, Investitionen in erneuerbare Energien fördert und Verbraucher:innen dauerhaft vor fossilen Preisschocks schützt.
13. ein Pro-Kopf-Energiegeld einzuführen und den Ausbau der erneuerbaren Energien in lokalen Gemeinschaften zu verankern, indem Anwohner:innen durch Beteiligungen oder Gesellschaften an den Stromerlösen ihrer regionalen erneuerbaren Energieanlage teilhaben. Auf diese Weise wird der Ausbau erneuerbarer Energien sozialverträglich gestaltet und ihr positives Narrativ unterstützt.
14. die Aufklärung über und den Zugang zu dynamischen Stromtarifen für Endverbraucher:innen zu garantieren und intelligente Stromzähler (sog. Smart Meter) als Standard zu etablieren, um allen Bürger:innen zu ermöglichen, von den finanziellen Vorteilen eines flexiblen Stromverbrauchs und somit der erneuerbaren Transformation zu profitieren.

15. eine leistungsfähige digitale Infrastruktur für Verteilernetzbetreiber und Endverbraucher:innen aufzubauen, um die dezentrale Stromerzeugung und die Transformation in ein flexibles Stromnetz zu unterstützen.

Literaturverzeichnis

- Copernicus Climate Change Service (C3S). 2024. *European State of the Climate 2023*. <https://doi.org/10.24381/bs9v-8c66>
- European Commission: European Political Strategy Centre (EPSC). 2024. *The future of European competitiveness. Part A / A competitiveness strategy for Europe*. <https://data.europa.eu/doi/10.2872/9356120>
- European Environment Agency (EEA). 2026. "Extreme Weather and Uneven Climate Adaptation Challenge Europe's Resilience." *European Environment Agency*. Abgerufen am 9. September 2026. <https://www.eea.europa.eu/en/newsroom/news/extreme-weather-and-uneven-climate-adaptation-challenge-europes-resilience>
- Eurostat. 2026. "Energy in Europe: imports dependency." Abgerufen am 9. September 2026. <https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/w/wdn-20260318-1>.
- Tomáš Janoš, Marcos Quijal-Zamorano, Natalia Shartova, Elisa Gallo, Raúl Fernando Méndez Turrubiates, Nadia Denisse Beltrán Barrón, Fabien Peyrusse, Joan Ballester. "Heat-Related Mortality in Europe during 2024 and Health Emergency Forecasting to Reduce Preventable Deaths." *Nature Medicine*, September 2025. <https://doi.org/10.1038/s41591-025-03954-7>
- United Nations Environment Programme (UNEP). 2026. *Limiting Overshoot: Navigating exceedance of 1.5°C and pathways towards return*. <https://doi.org/10.59117/20.500.11822/49857>